

Spectrum



Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

mit Abteilungen in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Wiesbaden

**VFH – Fachbereich
angewandtes
Menschenrecht**

**Szenen aus Lehre
und Studium**

**Leitbild – Anspruch
und Realität**

Amok-Lage

Studierende der VFH

Es ist keine Frage, dass in einer Fachhochschule die Studierenden die wichtigste Personengruppe stellen. Sie suchen eine Ausbildung, sie werden unterrichtet oder „belehrt“, sie lernen, erwerben Kompetenzen, sie werden geprüft – ihr Erfolg im Studium ist ein wesentlicher Maßstab zur Beurteilung der Fähigkeiten einer Fachhochschule.

Und dennoch: Wie häufig kommen die Studierenden zu Wort oder werden auch nur genannt? Aus Sicht der Lehrenden, so könnte man meinen, verschwinden die Studierenden oft hinter den Notwendigkeiten, das Semester zu planen, Klausuren zu konzipieren, Hausarbeiten zu betreuen, Prüfungen vorzubereiten, die Organisation der Fachhochschule zu optimieren und Curricula zu reformieren. Dass all diese Bemühungen immer das Ziel haben, die Ausbildung der Studierenden zu verbessern, kann da für einen Moment auch einmal vergessen werden. Die Lehrkräfte hätten – so ein geläufiger interner Scherz – auch genug mit der Organisierung ihrer Arbeit zu tun, wenn keine Studierenden da wären. Aber sie sind da: die Studierenden. Für die Lehrenden sind sie im Alltag keineswegs ein unbekanntes Wesen, dem sich hier vorsichtig angenähert werden soll. Man hat in der Woche ja einige Stunden miteinander zu tun, kennt sich normalerweise eher gut. In dieser Ausgabe von SPECTRUM geht es darum, Studierende in der Zeitschrift zu Wort kommen zu lassen und sie als die zentrale Personengruppe, die sie sind, deutlich zu kennzeichnen.

Woher kommen die Studierende der VFH eigentlich, wie erleben sie das Studium, wohin gehen sie, was haben sie mitgenommen?

SPECTRUM hat einzelne Studierende dazu befragt; ihre Antworten füllen einige Seiten. Festzustellen ist, dass diese Studierenden sich gar nicht ähnlich sind (wie mit einem voreingenommenen Blick von außen manchmal angenommen werden könnte – Beamtenausbildung!). Ihre Erfahrungen im und mit dem Studium sind unterschiedlich und ihre Erinnerungen an das Studium sehr verschieden. Unterschiede zwischen den Studierenden der beiden Fachbereiche werden deutlich, bei genauerem Hinschauen aber auch eine größere Menge von Ähnlichkeiten, als beiden Gruppen bewusst sein mag.

Für die Redaktion von SPECTRUM war es interessant zu sehen, an welche Positionen im Land Hessen und außerhalb von ihm das

2/03

**9. Jahrgang
Oktober 2003**

ISSN 1432-8518

weiter auf S. 2

Studium an der VFH führen kann. „Was können Sie mit der Ausbildung an der VFH werden? Mindestens Oberbürgermeister von Hanau“ – Worte des ehemaligen Studenten Klaus Kaminsky (Abschluss 1983) am 26.09.2003 bei der Diplomierungsfeier des Jahrgangs 2-00 im Schloss Phillipsruhe, Hanau. Bei der Betrachtung der ehemaligen Studierenden zeigt sich deutlich, was für eine zentrale Institution die VFH für den öffentlichen Dienst im Lande ist. Dazu wenige Zahlen: Im Fachbereich Verwaltung wurden seit Bestehen der VFH rund 7000 Studierende für den gehobenen Dienst in Kommunal- und Landesverwaltungen mit Erfolg ausgebildet. Allein in diesem Jahr schlossen im Fachbereich Polizei 866 Studierende ihr Studium ab und 187 Studierende im Fachbereich Verwaltung.

Bisher hat sich trotzdem keine Tradition von „Ehemaligen-Treffen“ oder anderen formellen regelmäßigen Kontakten zwischen der VFH und Absolventinnen und Absolventen der verschiedenen Studiengängen herausgebildet. Auch so etwas wie Abschluss-Jahrbücher gibt es kaum. Das alles machte es der Redaktion nicht leicht, Studierende, an die man sich erinnern konnte, im Land Hessen auch „wiederzufinden“.

Für die Leserinnen und Leser soll die vorliegende Ausgabe deshalb Aufforderung sein, sich mit eigenen Beiträgen an SPECTRUM zu wenden. Wir interessieren uns für die persönlichen Werdegänge unserer Studierenden und werden in den nächsten Ausgaben die Rubrik „Ehemalige“ wieder einführen. Vielleicht wird auch 2004 ein erstes offizielles Ehemaligen-Treffen, organisiert durch den Förderverein, gelingen.

Neben einem Blick auf die Studentinnen und Studenten will SPECTRUM mit dieser Ausgabe auch einen Einblick in bestimmte Besonderheiten des Studiums an dieser speziellen Fachhochschule gewähren. Dazu gehören mehrere Berichte über Projekte der VFH, die im Rahmen der Lehre oder außerhalb durchgeführt wurden und werden, über welche entweder die Studierenden selbst oder Fachhochschullehrerinnen und -lehrer berichten. Außerdem gibt es gerade am Fachbereich Polizei Eigenarten des Studiums, die an anderen Fachhochschulen so nicht vorkommen. Dazu gehört die besondere Bedeutung von Sport, Einsatztraining und körperlicher Betätigung allgemein im Rahmen des Studiums ebenso wie die Eigenart der Einstellungsprüfung. Eine Schilderung bestimmter Probleme der studentischen Selbstverwaltung im Verlauf eines Semesters soll zeigen, was an Unerwartetem immer wieder auf die Tagesordnung dieser Fachhochschule gelangen kann und bearbeitet werden muss.

GEORG BRANDT UND DR. GABRIELE SCHAA
Redaktion SPECTRUM



Foto: Claudia Hornauer

Studierende der VFH

Inhaltsverzeichnis

Studierende der VFH Georg Brandt und Dr. Gabriele Schaa	1
Editorial Peter Frerichs	3
Studierende der VFH Axel Petri, Helga Hornung-Müller, Frank Becker, Dirk Stochla, Michael Rühl, Patrick Nickel, Anke Lehn, Marcel Subtil, Stefan Reinke, Cindy Ripper	4
Beschwerdemanagement Sonja Berth, Nancy Goldschmidt, Lydia Schneider	9
VFH – Fachbereich angewandtes Menschenrecht Elke Roth, Michael Beitz	10
Die Hessische Wachpolizei Hermann Groß, Peter Schmidt	12
Innenminister würdigt Masterabschluss	15
Szenen aus Lehre und Studium Die Redaktion	16
Gemeinsam sind sie stark Bernd Hillebrand	18
Von der Verhaltenskontrolle zur Reform der Studierendenvertretung Georg Brandt	21
Amok-Lage Dr. Martina Liebich-Frels	23
Leitbild – Anspruch und Realität Peter Schmidt	24
Neu: Lernbüro in der Abteilung Frankfurt Dr. Gabriele Schaa	25
Geprüfte Studenten? Georg Brandt	27
Im Ruhestand Dr. Wolfgang Hecker	28
Rektor Udo Münch geht . . . Dr. Gabriele Schaa	29
Personal ... Veränderungen	30



PETER FRERICHS
 Polizeipräsident Westhessen

Studierende heute – wo kommen sie her – wo gehen sie hin? Für die Polizei des Landes Hessen, und nur für die kann ich zu diesem Thema etwas beitragen, hat sich hinsichtlich der Ausbildung der jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den letzten Jahren viel verändert. Damals wurden eifrigst die Werbetrommeln der Behörden bewegt, um möglichst viele Interessentinnen und Interessenten für den Polizeiberuf zu gewinnen. Die Bewerberzahlen waren zeitweise so niedrig, dass einige Polizeibeamten den Eindruck gewannen, es erfolge eine Auf- statt eine Auslese der Bewerberinnen und Bewerber.

Heute ist die Situation eine ganz andere. Die Polizei bildet u. a. ihre „Neulinge“ an der VFH aus. Sie erhalten die Möglichkeit, ihr zukünftiges Aufgabenfeld durch mehrere Praktika näher kennen zu lernen. Daneben sind Schülerpraktika, einjährige Schulpraktika inzwischen eine Selbstverständlichkeit.

Die Polizei als „Bildungsmanager“. So sehe ich auch die Aufgabe der verschiedenen Behörden, die dann die „fertigen“ VFH-Absolventinnen und Absolventen zur Dienstverrichtung begrüßen dürfen. Ich setzte das Wort „fertig“ bewusst in Anführungszeichen, sie haben ihr Studium beendet, doch fertig sind sie ein Leben lang nicht. Lebenslanges Lernen, sich fort- und weiterbilden, das ist das Curriculum des heutigen Berufslebens.

„Wo kommen unsere Studierenden her? Und viel bedeutsamer: Wo gehen sie hin?“ Unsere Studierenden kommen oft direkt aus dem Schulbereich, sie sind es gewohnt, dem Unterrichtenden zuzuhören, mitzuarbeiten, zu konsumieren. Doch nimmt man das Studium an der VFH ernst, heißt das auch, dass Studierende selbstständig und eigenverantwortlich ein bestimmtes Thema bearbeiten. Und hier setzt die Verantwortung der Dozentinnen und Dozenten an: sie oder er muss einerseits den Studierenden den Lehrstoff vermitteln, der vorgeschrieben ist, andererseits den Studierenden das nötige „Rüstzeug“ an die Hand geben, um mit dem Problem des Selbststudiums fertig zu werden. Um so schwieriger wird die ganze Situation, wenn man betrachtet, dass wir neben den Berufsanfängern auch Studierende an die VFH schicken, die schon ein ganze Weile, oft zehn Jahre und mehr, Polizeidienst hinter sich haben. Insbesondere für diese Beamtinnen und Beamten ist das Studium einerseits eine persönliche Herausforderung, andererseits aber auch mit Problemen, nicht zuletzt bis in die Familie hinein, verbunden.

Gerade im Polizeibereich bin ich froh, dass auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Behörde ihre Bereitschaft erklärt haben, an der VFH – Fachbereich Polizei – zu lehren. Ich sehe diese Nebentätigkeit keineswegs als eine Nebensache an, sie ist ein meines Erachtens wichtiger Faktor zur Ergänzung der oft sehr theoretisch orientierten Ausbildung. Zumindest sind diese Kritikpunkte bei den entsprechenden Abschlussfeiern immer wieder zu hören.

Bemühen wir uns als Verantwortliche, die Ausbildung unserer Studierenden weiter voranzutreiben. Und dies gemeinsam mit den Studierenden und allen, die an der VFH aktiv mitarbeiten.

Ich wünsche der VFH bei ihrer so wichtigen Aufgabe der Ausbildung unseres „Nachwuchses“ viel Erfolg. Seien Sie alle meiner Unterstützung gewiss.

Editorial

Studierende der VFH



AXEL PETRI
Studium an der VFH 1980 – 1983
FB Verwaltung, Wiesbaden

Liebe Leserinnen und Leser von SPECTRUM, liebe Studierende, als ich gebeten wurde, einen Beitrag als ehemaliger Studierender der Verwaltungsfachhochschule zu schreiben, habe ich sehr bewusst wahrnehmen müssen, dass der Beginn meines Studiums bereits 23 Jahre zurückliegt und ich die Mitte meines Berufslebens sicherlich überschritten habe.

Ungeachtet dessen ist der Zeitabschnitt von 1980 bis 1983 – wir waren die erste Studiengruppe an der VFH – noch sehr gut in meiner Erinnerung.

Meine Ausbildungsbehörde war die Staatskasse in Wiesbaden, die damals drei Inspektorwärter ausbildete. Zuvor hatte ich bereits die Ausbildung für den mittleren Dienst in der allgemeinen Verwaltung von 1976 bis 1978 bei der Stadt Wiesbaden absolviert und danach an den Beruflichen Schulen Untertaunus die Fachschulreife erworben.

Mit der Ausbildung an der VFH und dem Abschluss „Diplom-Verwaltungswirt“ versuchte man damals veränderten Anforderungen an eine Verwaltung gerecht zu werden und ich persönlich habe den Eindruck, dass sich die heutige VFH

auch wieder neu ausrichten muss, um zukunftsfähig zu sein.

Für meine berufliche Entwicklung habe ich während des Studiums sicherlich vielfältige und unerlässliche theoretische Grundkenntnisse erhalten, deren Bedeutung für das spätere Berufsleben oft unterschätzt werden. Ich muss wissen, wie und in welchen Schritten ich einen Fall löse und muss wissen, welches Gesetz, welche Vorschrift zur Anwendung kommt. Das klingt einfach, aber spätestens in der Zwischen- und Abschlussprüfung kann man schmerzhaft erfahren, dass die eigene Auffassung erheblich von den Vorstellungen des Dozenten abweicht.

Nach dem Studium war ich von 1983 bis 1985 als Geschäftsstellenleiter der Staatskasse Frankfurt am Main eingesetzt und danach 10 Jahre Personalsachbearbeiter im Hessischen Ministerium der Finanzen. Ich weiß heute, dass ich in dieser Zeit oftmals ungeduldig und meine Meinung sicherlich nicht jedem gefallen hat. Aber gerade junge Menschen müssen und dürfen ungeduldig und unbequem sein.

Ich hoffe, dass ihr in eurem späteren Berufsleben wirklich guten Vorgesetzten begegnet, die junge Menschen prägen, unterstützen und fördern. 1995 hatte ich das große Glück, von dem damaligen Hessischen Minister der Finanzen Karl Starzacher gefördert zu werden, der mich zu seinem persönlichen Referenten ernannte. Von 1998 bis 2001 war ich danach Parlamentsreferent im Ministerbüro des Hessischen Ministeriums der Finanzen, um dann am 1. Juni 2001 mein Amt als direkt gewählter Bürgermeister der Gemeinde Hünstetten anzutreten.

Ich bin mir bewusst, dass mein beruflicher Werdegang kein Regelfall und der Aufstieg in den höheren Dienst und die Wahl zum Bürgermeister sicherlich die Ausnahmen

sind. Aber er zeigt, dass ein Studium an der VFH einen sehr erfolgreichen Weg vorbereiten kann. Auch ihr werdet nach dem Studium Verantwortung übernehmen; dazu werdet ihr ausgebildet. Und es ist auch wahrscheinlich, dass einige von euch mittel- und langfristig Spitzenpositionen einnehmen werden. Ich wünsche euch dazu viel Erfolg und der VFH eine gute Zukunft.



HELGA HORNUNG-MÜLLER
Studium an der VFH 1985 – 1988
FB Verwaltung, Gießen
MPA Kassel

Im April 1985 begann ich nach dem Abitur mit dem Studium an der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden Abteilung Gießen. Meine Ausbildungsbehörde war das Regierungspräsidium in Gießen.

Die drei Jahre des Studiums und der Zusammenhalt in der Gruppe, aber auch die gruppenübergreifenden Aktivitäten, besonders zur Faschingszeit, sind mir in sehr guter Erinnerung. Während des gesamten Studiums war ich Gruppensprecherin meiner Gruppe und eine Zeit lang gleichzeitig Abteilungsprecherin aller Studierenden in Gießen sowie auch aktiv im Fachbereichsrat als Studierendenvertreterin. In dieser Zeit haben auch abteilungsübergreifende Aktivitäten stattgefunden und die Interessen wurden gemeinsam vertreten.

Nach der Ausbildung war ich von 1988 bis 1990 bei der Staatlichen Abteilung beim Lahn-Dill-Kreis in Wetzlar als so genannte Gewerbeprüferin eingesetzt und habe u. a. auch Getränkeschankanlagen und Gaststätten kontrolliert.

Von 1990 bis 1992 war ich dann beim Regierungspräsidium Gießen in der Kultusabteilung tätig und zuständig für den Haushaltsbereich und BAFÖG Widerspruchsverfahren. In 1992 übernahm ich die Stelle der Leiterin des Ordnungsamtes bei der Gemeinde Buseck im Landkreis Gießen und später die Leitung des Haupt- und Personalamtes.

Um den Anforderungen an die Veränderungen im öffentlichen Bereich, verbunden mit betriebswirtschaftlichem Handeln sowie Verwaltungs- und Strukturreformen auch beruflich entsprechen zu können, habe ich mich während meiner Berufstätigkeit über das Aufbaustudium Betriebswirtschaftslehre in der Abteilung Gießen fortgebildet. Diesem Studium schloss sich – nach einem „Brückenkurs“ – der Masterlehrgang „öffentliches Management“ an der Abteilung Kassel in Kooperation mit der Universität Kassel, mit dem akademischen Abschluss „Master of Public Administration“, an.

Zu Beginn des Jahres 2003 wechselte ich nach Kassel zum Landeswohlfahrtsverband Hessen und habe die Stelle der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes übernommen. Diese Position mit ihren vielfältigen Aufgaben ist eine Herausforderung, bei der ich meine Erfahrungen aus all den bisherigen Einsatzgebieten gut einbringen und meine Kenntnisse aus den berufsbegleitenden Qualifizierungen anwenden kann. Sie bietet mir eine gute berufliche Perspektive für die nächsten Jahre.

Den Kontakt zur VFH habe ich eigentlich seit dem Ende meines Studiums nur kurzzeitig unterbrochen. Als Ausbildungsleiterin bei der Gemeinde Buseck habe ich immer wieder die angebotenen Möglichkeiten der VFH genutzt,

Erfahrungen weiterzugeben und die Verzahnung von Studium und Praktikum zu unterstützen. Seit 1996 bin ich als Lehrbeauftragte für Kommunalrecht bei der VFH in der Abteilung Gießen eingesetzt, später in BWL im Fachbereich Polizei. Durch meine berufliche Veränderung ruhte 2003 meine Dozententätigkeit; jedoch ab Oktober bin ich in der Abteilung Kassel in Dienstrecht eingesetzt.

Viele Kontakte, die sich seit meinem Studium zu den Studienkollegen und den Lehrkräften ergeben haben, bestehen bis heute fort. Die Treffen innerhalb der Studiengruppe sind seltener geworden, der telefonische Kontakt oder auch die dienstlichen Verbindungen sind jedoch nach wie vor aktiv.

Die Chancen, die sich mir beruflich ergeben haben, sind sicherlich nicht regelhaft, ergeben sich jedoch oft auch erst, wenn man sich offen den Herausforderungen stellt und positiv den Anforderungen durch Qualifizierung und Fortbildung Rechnung trägt. Das Studium mit seiner breit angelegten Themenpalette hat hier einen wichtigen Grundstock gelegt und Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Betrieben einsetzbar sind und die erforderlichen Veränderungen und Verbesserungen unterstützen.



FRANK BECKER
Studium an der VFH 1995 – 1998
FB Verwaltung, Frankfurt am Main

Studiengruppe 2/95/1; Ausbildungsbehörde Stadt Frankfurt am Main. Vor der VFH Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr in München; anschließend als Zug- und Einheitsführer in einer Luftwaffenausbildungskompanie eingesetzt, davon 3 Jahre in den Niederlanden.

Besonderes während der Studienzeit an der VFH:

- Die Lehrenden jederzeit ansprechbar und hilfsbereit.
- Kleine Studiengruppen mit „kurzem Draht“ zu den Dozenten.
- Stellenweise schulmäßiger Betrieb: Zwar angenehm und bequem, aber hat Anspruchsdenken der Studenten teilweise provoziert.
- Wenig Zeit zum „Studieren“.

Da es mein Zweitstudium war, konnte ich endlich Dinge beherzigen, die im ersten Studium „untergegangen“ sind, so z. B. das Schreiben von Lern-Karteikarten für jedes Fach. Das hat meine Prüfungsvorbereitungen enorm erleichtert.

Ansonsten war das Studium ein fordernder und interessanter „Pflichtteil“ auf dem Weg zum neuen Arbeitsplatz bei der Stadt Frankfurt am Main.

Beruflicher Werdegang: Nach dem Studium bis heute Einsatz im Bereich der IT-Fortbildung der Stadt Frankfurt am Main. Schwerpunkte meiner Tätigkeit sind das Durchführen von IT-Schulungen im Windows-

und Office-Bereich sowie die Planung und Realisierung von Datenbanksystemen mit Access und SQL-Server. Ein aktuelles Projekt ist die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen städtischer Bediensteter im Bereich „Train the Trainer“ für IT-Schulungen.

Mein berufliches Ziel: Führungsverantwortung übernehmen

Durch regelmäßige Lehraufträge an der VFH im Bereich Arbeitsmethodik Informationstechnik bleibt der Kontakt insbesondere zu den Studierenden und der Verwaltung aber auch zu einigen Lehrkräften erhalten.



*DIRK STOCHLA
Studium an der VFH 1995 – 1998
FB Verwaltung, Kassel*

Vor dem Studium, von 1991 bis 1993, Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten bei Stadt Vellmar, anschließend Wehrdienst. Meine Ausbildungsbehörde war der Magistrat der Stadt Vellmar. Parallel zum Studium war ich stellvertretender Hauptamtsleiter bei der Stadt Vellmar.

Besonders erinnere ich mich an das gemeinsame Rauchen vor dem Gebäude; nach der Diplomfeier habe ich mit dem Rauchen aufgehört und bis heute durchgehalten!

Das Studium an der VFH hat für mich eine ganz entscheidende Rolle gespielt, denn ohne diese Qualifikation wäre ich sicherlich nicht in meinem heutigen Amt – Bürgermeister der Stadt Vellmar – gelandet.

Meine Perspektiven und Ziele sind ein positives Wirken für die Stadt Vellmar und die Wiederwahl 2008.



*MICHAEL RÜHL
Studium an der VFH von 1999 – 2002
FB Polizei, Frankfurt/Mühlheim am Main*

Meine Zeit an der VFH in Mühlheim und Frankfurt war, wie für die meisten anderen Kollegen, eine interessante aber auch aufreibende Zeit des Lernens und des Prüfungsstresses.

Abseits dieses Prozesses habe ich auch an Auslandseminaren für Studierende in unterschiedlicher Funktion teilgenommen: Dreimal hat sich der Besuch internationaler Organisationen in Genf ergeben. Diese Erfahrungen waren für mich sehr interessant und haben mir ermöglicht, einen intensiven Einblick in die Funktionsweisen und Abläufe internationaler Entscheidungsprozesse unter Mitwirkung vieler kleiner Organisationen zu gewinnen. Dies vervollständigte auch meine Kenntnisse, die ich aus zwei Auslandsmissionen in Bosnien Herzegowina erlangt habe.

Mittlerweile ist die Studienzeit vorüber und aktuell befinde mich wieder in einer für mich völlig neuen Funktion, als Mitarbeiter des German Support Teams (GST), im Amtsbereich des Auswärtigen Amtes in der UNMIK Mission im Kosovo. Am 03. Januar 2003 wurde das German Support Team Kosovo (GST KOS) eingerichtet. Gemein-

sam mit einem Beamten des Bundes bin ich in einem Privathaus mit Bürotrakt untergebracht, das vom BMI gemietet ist.

Unsere Tätigkeit umfasst die Unterstützung des Leiters des deutschen Polizeikontingents der United Nations Interim Administration Mission im Kosovo (UNMIK) und die Betreuung der dort eingesetzten 350 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Als Angehörige des GST Kosovo sind wir nicht Mitarbeiter der UNMIK. Wir sind dem Deutschen Verbindungsbüro des Auswärtigen Amtes (AA) in Pristina administrativ zugeordnet und unterstehen der fachlichen Weisung des deutschen Kontingentleiters. Zu unseren Aufgaben gehören unter anderem die Abwicklung der Kontingentwechsel bzw. Einzelaus- oder -ausreisen sowie die Pflege von Personaldateien des Kontingents. Durch das GST werden auch Einzelanfragen des BMI bearbeitet. Informationsreisen politischer Delegationen werden gemeinsam mit der Deutschen Vertretung organisiert und durchgeführt.

Ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit ist auch die Erstellung eines wöchentlichen Lageberichtes. Er umfasst eine lokale Presseauswertung sowie missionsrelevante Meldungen über Anschläge oder besondere Vorkommnisse, die über UNMIK oder KFOR ermittelt werden können. Der Lagebericht wird dann dem BMI zur Auswertung auf sicherheitspolitischer Ebene und später den einzelnen Bundesländern zugeleitet.

Das German Support Team ist die zentrale Informations- und Koordinierungsstelle des BMI im Missionsgebiet. In Notfällen ist das GST Organisations- und Schaltstelle für alle erforderlichen Sofortmaßnahmen die für die Betreuung der eingesetzten Beamten von Nöten sind.

Meine neue Verwendung ist besonders interessant und eine neue Erfahrung im Rahmen internationaler Tätigkeiten im Ausland.

Sicher hat auch die Möglichkeit von Auslandspraktika innerhalb des VFH Studiums hier seine Wirkung gezeigt.

Auch zukünftig werde ich verstärkt nach neuen Herausforderungen innerhalb unseres Systems suchen und mit entsprechender Unterstützung vielleicht auch die Möglichkeit dazu erhalten.



*PATRICK NICKEL
Studium an der VFH 1999 – 2002
FB Verwaltung, Darmstadt*

Von 1999 bis 2002 war ich Abteilungssprecher in Darmstadt, drei Jahre Mitglied des Fachbereichsrats Verwaltung und wirkte in der Projektgruppe „Curriculum“, die 2001 ein neues Curriculum mit integrierter Diplomarbeit für den Fachbereich Verwaltung vorlegte, aktiv mit. Im Jahr 2002 erhielt ich eine Auszeichnung des Fördervereins für besonderes Engagement.

Nach dem Studium wurde ich Mitarbeiter der Kämmerei des Landratsamtes Darmstadt-Dieburg. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit liegt im Controlling und dem Aufbau des Berichtswesens mit SAP R/3.

Der VFH bleibe ich treu: Ab Oktober 2003 werde ich im postgradualen Studiengang „Öffentliches Management“ die ersten drei Semester in Frankfurt studieren. Die VFH wird mir immer in Erinnerung bleiben, da ich im April 2003 meine „Banknachbarin“ geheiratet habe ...



*ANKE LEHN
Studium an der VFH 2000 – 2002
FB Polizei, Wiesbaden*

Das Studium an der VFH ist für Aufstiegsbeamtinnen wie mich eine große Herausforderung gewesen, da die Phase des Lernens doch ein wenig zurückliegt. Man muss sich wieder neu einfinden und organisieren – kein Schichtdienst, weniger Gehalt, Frontalunterricht etc. Doch nach anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten gewöhnte ich mich schnell daran. Das Studium sah ich im folgenden als Angebot und Chance, mich persönlich wie beruflich weiter zu entwickeln. Ich wurde Studiengruppensprecherin und Mitglied im Fachbereichsrat Polizei.

Nach Abschluss des Studiums übernahm ich die Funktion der stellvertretenden Dienstgruppenleiterin bei der Einsatzzentrale „Hessen“, welche beim Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung angegliedert ist. Mein derzeitiges Arbeitsgebiet ist die Bearbeitung von Kapitaldelikten (Kommissariat 10) bei der Kriminalpolizei in Bad Homburg.

Kontakte zu meinen ehemaligen Mitstudierenden habe ich insofern, als dass wir versuchen, uns zweimal im Jahr treffen.

Durch das erfolgreiche Absolvieren des Studiums habe ich mir die Perspektive eröffnet, die Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst anstreben zu können.



*MARCEL SUBTIL
Studium an der VFH 2000 – 2003
FB Verwaltung, Wiesbaden*

Nach dem Abitur und 10 Monaten Grundwehrdienst entschloss ich mich im Oktober 2000, die Laufbahn im gehobenen Dienst als Inspektoranwärter in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beginnen.

Neben den inhaltlichen Aspekten des Studiums beschäftigte ich mich insbesondere mit der Intensivierung der Kontakte sowohl zwischen den Studierenden im Grund- und Hauptstudium als auch städteübergreifend zwischen Wiesbaden und den anderen Abteilungen – die Organisation mehrerer VFH-Partys sowie die intermediale Vernetzung in Form von prüfungsvorbereitender Zusammenarbeit sind Beispiele dafür. Seit Beginn des Studiums bin ich als Webmaster für den Internetauftritt unseres Studienjahrgangs verantwortlich. Die Website bietet sowohl Personen, die sich für die Ausbildung als InspektoranwärterInnen interessieren, als auch den Studierenden der VFH zahlreiche Tipps, Infos sowie studienbegleitendes Material [www.ia2000.de.vu].

Während meines Studiums erhielt ich im Rahmen der mehrmonatigen Praktika sowohl Einblicke in den Bereich des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften als auch in die Bereiche des Standes- sowie Sozialamtes. Auf langfristige Sicht hin erhoffe ich mir eine Tätigkeit, die es mir ermöglicht, meine Fähigkeiten, insbesondere mein Organi-

sationstalent, produktiv einsetzen sowie selbständig und kreativ arbeiten zu können.

Die Studienzzeit in Wiesbaden hat voll und ganz meinen Wünschen entsprochen und ich würde dieses Studium jederzeit weiterempfehlen.



*STEFAN REINKE
Studium an der VFH seit 2001
FB Verwaltung, Frankfurt am Main,
Studiengang LVA*

Ich gehöre zur Inspektorenanwärtergruppe der LVA Hessen. Noch vor meinem Abitur habe ich begonnen, mich um einen Ausbildungsplatz zu kümmern. Dazu studierte ich die Zeitungsinserte und nutzte das Auskunftsangebot des Arbeitsamtes. Ich wollte eine Arbeit, bei der ich Kontakt zu Menschen habe, die abwechslungsreich ist und ein gewisses Maß an Verantwortung mit sich bringt.

Daraufhin bewarb ich mich bei verschiedenen privaten Firmen und Stellen des öffentlichen Dienstes. Nach diversen schriftlichen und mündlichen Eignungstests bot mir die LVA Hessen als erste einen Ausbildungsplatz an, den ich auch freudig annahm. Nachher erhielt ich zwar noch mehrere Ausbildungsangebote, doch ich fühle mich bei der LVA Hessen ausgesprochen wohl, so dass ich meine Wahl nicht bereue.

Und da man für den gehobenen Dienst einen Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt haben muss, bin ich seit dem 01. Oktober 2001 Stu-

dent der VFH in Wiesbaden, Abteilung Frankfurt, in der alle Anwärter der LVA Hessen ihr Studium absolvieren.



*CINDY RIPPER
Studium an der VFH seit Oktober 2002
FB Verwaltung, Frankfurt am Main,
Studiengang Allgemeine Verwaltung*

Mein Name ist Cindy Ripper und ich gehöre zu der Studiengruppe 2/02/2 der VFH in Frankfurt am Main.

Meine Ausbildungsbehörde ist der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.

Vor diesem Studium habe ich eine dreijährige Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte beim Landratsamt in Friedberg abgeschlossen. In der Zeit zwischen der abgeschlossenen Ausbildung und der Einstellung zur Inspektorenanwärterin war ich in der wirtschaftlichen Sozialhilfe tätig.

Seit Oktober 2002 studieren wir mit einem neuen Curriculum, das zum Abschluss eine Diplomarbeit vorsieht. Deshalb hat der Fachbereichsrat eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet, bei der auch ich Mitglied bin. Wir entwickelten u. a. Formulare und überlegten uns ein Schema zum Ablauf der Diplomarbeit.

Das Studium an der VFH gefällt mir sehr gut. Die Dozentinnen und Dozenten sind sehr nett und bereiten uns gut auf die kommenden Prüfungen vor.



Foto: Claudia Hornauer

In Frankfurt am Main VBL studieren

Beschwerdemanagement

Projekt der LVA Studiengruppe 2-00-4

Die Inspektoranwärterinnen und -anwärter der Landesversicherungsanstalt Hessen (LVA) des Einstellungsjahrgangs 2000 haben im Rahmen des Curriculums ein Projekt durchgeführt. Thema war das „Beschwerdemanagement innerhalb der LVA Hessen“, unter der Leitung von Dr. Eva-Maria von Harrach als Vertreterin der VFH in Wiesbaden, Abteilung Frankfurt, und Dietmar Kuklok als Vertreter der LVA Hessen.

Ziel des Projektes war die gemeinsame Erarbeitung eines einheitlichen Beschwerdeverfahrens.

Die Projektarbeiten begannen im August 2002. Die Gesamtgruppe (21 Studierende) teilte sich in 5 Kleingruppen auf, denen verschiedene Themen zugeordnet wurden:

1. Beihilfe
2. Reisekosten/Zeiterfassung
3. Materialbeschaffung/Büroausstattung/Fahrdienst
4. Klinik Winterkasten-Patienten
5. Schulungszentrum Winterkasten – Lehrgangsangebot

Unsere Arbeiten beschränkten sich ausschließlich auf die Verwaltungsabteilung, die sich aus mehre-

ren Referaten zusammensetzt. Jede der Teilgruppen arbeitete zunächst eigenständig. Mit der Projektleitung gab es in regelmäßigen Abständen gemeinsame Besprechungen der gesamten Projektgruppe, um Erfahrungen und Probleme auszutauschen und um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Die Arbeit der Teilgruppen war soweit identisch, d. h. begonnen wurde zunächst mit der Analyse des Ist-Zustandes. Hierdurch sollten der momentane Zustand und die Rahmenbedingungen festgestellt werden. Es ging darum, interne Arbeitsabläufe der jeweiligen Referate, sowie eventuell vorhandene Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden kennen zu lernen. Außerdem sollten mögliche Beschwerden oder Beschwerdequellen aus Sicht der Mitarbeiter festgestellt werden. Die Reaktionen der Mitarbeiter auf die Befragung waren sehr unterschiedlich. Anhand der Ist-Analyse wurde die Kundenbefragung durchgeführt. Kunden im Sinne unseres Projektes sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LVA Hessen, die Leistungen der Verwaltungsabtei-

lung in Anspruch nehmen.

Wir entwickelten einen Fragebogen, der sich aus drei Teilen zusammensetzte. Der statistische Teil des Fragebogens, sowie die Fragen zum Beschwerdemanagement waren bei allen fünf Gruppen identisch.

Der dritte Teil des Fragebogens bestand aus themenbezogenen Fragen der jeweiligen Teilgruppe. Wir befragten möglichst viele Mitarbeiter in schriftlicher und mündlicher Form, um ein repräsentatives Ergebnis erzielen zu können. Ziel der Befragung war es, die Zufriedenheit bzw. die Unzufriedenheit der Kunden festzustellen und anhand der Ergebnisse ein allgemeines Beschwerdeverfahren zu entwickeln. Für die Entwicklung dieses Verfahrens wurde eine Metagruppe gegründet, die sich aus jeweils einem Mitglied jeder Teilgruppe zusammensetzte.

Im Juli 2003 präsentierten wir schließlich verschiedenen Führungskräften der LVA Hessen sowie Lehrenden und Studierenden der VFH mit Einsatz modernster Medientechnik im Audimax der VFH unsere Projektarbeit.

Die gesamte Projektarbeit ist in einem Projektordner zusammengestellt.

SONJA BERTH,
NANCY GOLDSCHMIDT,
LYDIA SCHNEIDER,
FB Verwaltung, Frankfurt am Main,
Studiengang LVA



Studiengruppe LVA

VFH – Fachbereich angewandtes Menschenrecht?

Die Polizei bietet viele Möglichkeiten, sich fortzubilden, und dies auch schon während der Studienzeit. Gelegentlich können sogar ungewöhnliche und einzigartige Angebote genutzt werden.

So lud im April diesen Jahres die APT gemeinsam mit der Genfer Kantonspolizei zu einer Seminarwoche mit dem Thema Polizeiethik und Menschenrechte in Bezug auf Polizeiarbeit ein.

Wer ist APT?

APT ist eine nichtstaatliche Organisation, die „association for the prevention of torture“, ansässig in Genf. Es handelt sich um eine internationale Vereinigung, die u. a. mit 5 Programmen in Afrika, Lateinamerika, Europa, Asien und bei den Vereinten Nationen tätig ist. APT ist die Urheberin der Europäischen Konvention für die Verhütung der Folter und anderer unmenschlicher Behandlung oder Strafe (ECPT). Heute trägt sie zur wirksamen Umsetzung dieser Konvention bei und arbeitet mit allen Menschen und Organisationen zusammen, die sich in Europa, Afrika, Lateinamerika und im pazifischen Asien gegen die Folter einsetzen.

Das Seminar fand in Genf statt und es nahmen drei Studierende der VFH in Wiesbaden, Michael Beitz, Elke Roth und Oliver Welpot zusammen mit der Dozentin Helga Häberle teil.



Mag das Thema Ethik für den ein oder anderen Leser nicht so interessant klingen, so können wir versichern, dass die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Woche sehr praxisbezogen und wissenswert waren.

Es soll hier aber kein Reisebericht stehen, stattdessen möchten wir die wesentlichen Aussagen aus der Woche darlegen.

Polizei und Menschenrechte?

Der erste Tag in Genf begann bei der dortigen Polizeischule mit einem Vortrag des Commissaire a la Deontologie Mr Olivier Vodoz. Mr Vodoz hat ein Amt inne, welches im Prinzip Gewaltanwendungen von Polizeibeamten gegenüber Bürgern überprüft.

In Genf muss jede Zwangsanwendung, vom Anlegen der Handfesseln bis zum

körperlichen Zwang nach der Amtshandlung erfasst werden. Bei Zwangsanwendung wird immer ein Arzt hinzugezogen, der den Betroffenen untersucht. Zwei Polizeibeamte und zwei Juristen werten das Formular aus. Bei konkretem Verdacht eines Übergriffs wird schließlich ein Verfahren eingeleitet.

Im ersten Moment klingt dieses System wie eine Belastung für den einzelnen Polizeibeamten, der glauben könnte, sich für jedes Anlegen einer Handfessel nun rechtfertigen zu müssen. Eine neue Organisation, die unsere Handlungen überprüfen würde, klingt nicht unbedingt vertrauenserweckend.

Bei genauem Hinsehen aber erkennt man, dass dies auch dem Schutz des einschreitenden Beamten dient, da es sie oder ihn gegen unberechtigte Vorwürfe schützen kann, und so unter Umständen ein Disziplinarverfahren erspart.

Abgesehen von seiner Werbung und Verständnissgewinnung für dieses System referierte Mr Vodoz über die heutige Komplexität des Polizeiberufes. Denn der Polizist von heute muss sich bewusst sein und ist sich bewusst, dass jeder Eingriff, und sei es nur eine Verkehrskontrolle, ein Eingriff in Grund- und Menschenrechte darstellt. So dringt ein Polizist täglich in diesen sensiblen Bereich ein, in dem er Rechte anderer einschränkt, und muss bei jeder Handlung abwägen, welche Handlungen er durchführt und ob sie vom Ziel gerechtfertigt sind. Dies erfordert hohe soziale Kompetenz.

Zur Diskussion über die Bedeutung der Menschen- und Bürgerrechte gab die weitere Woche noch reichlich Gelegenheit.

In den Räumen der APT kamen wir mit einem Genfer Polizeibeamten und Mitgliedern der APT aus unterschiedlichen Nationen zusammen. Auch hier gab es Erkenntnisse, die uns vorher nicht klar waren, die unserer Einschätzung nach aber jeder Polizeibeamter wissen sollte:

Es gibt den Europäischen Kodex über die Polizeiethik, verabschiedet vom Ministerrat des Europarates im Jahr 2001, der auch von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wird, und sich im Grundgesetz niederschlägt. Durch seinen Eid verpflichtet sich jeder Polizeibeamte auch diesem Kodex.

Neben der APT gibt es auch staatliche Organisationen wie die CPT, die „Commission for the prevention of torture“. Die CPT darf in Deutschland unangemeldet Polizeistationen besuchen und betreten; und nicht nur das, auch private Gespräche mit Gefangenen oder in Verwahrung Genommenen sind ihren Vertretern erlaubt. Dies geschah zum Beispiel bereits im Transitbereich des Frankfurter Flughafens, und dem 4. Revier in Frankfurt.

Die Inhalte unseres Seminars waren nicht nur polizeibezogen, interessant und praxisorientiert, diese Inhalte zu kennen gebietet eigentlich auch das Selbstverständnis der Polizei und die Anerkennung des Europäischen Polizeiethikkodex durch die Bundesrepublik. Wir können deshalb nur empfehlen, dies und weiteres in das Curriculum aufzunehmen, zum Beispiel in den Fächern Eingriffsrecht, Ethik, Politik bzw. Soziologie.

Weitere Kontakte?

Im Rahmen der Seminarwoche wurden noch viele weitere Themen angesprochen, und wir hatten das Glück, viele interessante Besichtigungen machen zu dürfen, wie zum Beispiel das Museum des Internationalen Roten Kreuzes (wer einmal in Genf sein sollte, darf sich dies nicht entgehen lassen), oder das Gebäude der Vereinten

Nationen mit einer Führung und der Möglichkeit, auch einmal hinter die Kulissen zu blicken.

Eine Einladung bei Amnesty International rundete das Angebot weiterhin ab.

Auch gab es viele Möglichkeiten, die Genfer und die Berner Polizei kennen zu lernen, von denen wir sehr herzlich aufgenommen und bewirtet wurden.

Dieser Artikel soll nur zeigen, was wir in Genf erfahren haben, und ein wenig zum Nachdenken anregen; über alles zu berichten und alle Facetten darzustellen, ist leider nicht möglich. Wir haben viel gelernt, viel erfahren und viel nachgedacht in Genf, aber wir haben auch viele neue Bekanntschaften geschlossen, viel erlebt und gelacht, und durften „über unseren Tellerrand“ schauen.

Abschließend möchten wir unseren Dank an alle Mitorganisatorinnen und -organisatoren und an alle für die Gestaltung Verantwortlichen richten. Wir können nur jedem empfehlen, eine solche Gelegenheit zu nutzen, wenn sie ihm begegnet.

Bei näherem Interesse stehen wir jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

ELKE ROTH
FB Polizei, Frankfurt

MICHAEL BEITZ
FB Polizei, Kassel

Netzwerk Förderverein VFH

Home | Vorstand | Satzung | Kontakt | Links | Beitreten | Forum/Pinnwand

<p>Der Verein will</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ den Studenten, Absolventinnen, Absolventen und Lehrkräften ein Forum bieten zum Kennenlernen und zum Gedankenaustausch ✓ zur Förderung der Verbindung zwischen Fachhochschule und Verwaltungspraxis beitragen ✓ zukunftsweisende Perspektiven für die Verwaltungspraxis entwickeln und fördern 	<p>Der Verein unterstützt</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ Veröffentlichungen von Studierenden, Lehrbeauftragten, Fachhochschullehrerinnen und -lehrer ✓ neue Ideen für die Verwaltung und deren Umsetzung ✓ Projekte der Studierenden, studentische Anliegen ✓ und organisiert öffentliche Veranstaltungen und Vorträge ✓ Exkursionen und Sportveranstaltungen
---	--

Besuchen sie den Förderverein der VFH im Internet: www.vfh-hessen.de

Die Hessische Wachpolizei:

Ein Modellprojekt auf dem Prüfstand

Im Rahmen der Gesamtevaluation der Wachpolizei bearbeitet die VFH den Teilforschungsauftrag interne Bewertung: Wie nehmen Wachpolizisten sich selbst und die Institution Wachpolizei wahr?

Untersuchungsdesign und -ziel?

Im Vordergrund dieser Untersuchung standen Einschätzungen und Bewertungen zum Einsatzgebiet sowie zum Arbeitsalltag der Wachpolizisten, die Aspekte der Berufsmotivation und Berufszufriedenheit markieren. Mit negativen Merkmalen der Tätigkeit sollte ein Ansatzpunkt für eine „Schwachstellenanalyse“ im Konzept Wachpolizei gefunden werden.

Als neues Element in der hessischen Sicherheitsarchitektur trifft die Wachpolizei auf den traditionellen und zentralen Polizeivollzugsdienst, der selbst zwar auch immer wieder Reformversuchen unterlag, sich in seinen Grundstrukturen aber über Jahrzehnte erhalten und entwickeln konnte. Deshalb sollte insbesondere das Verhältnis zwischen Wachpolizei und Polizeivollzugsdienst in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden.

Da die Hessische Wachpolizei als Modellversuch gestartet wurde, der von politischer Seite stark in den Vordergrund der sicherheitspolitischen Diskussion in Hessen gerückt worden war und auch in der Öffentlichkeit starkes Interesse fand, wurden die Wachpolizisten auch zu ihrer Wahrnehmung der Politik befragt.

Der eingesetzte Fragebogen bestand aus fünf offenen Fragen nach den Entscheidungsgründen für die Wachpolizei, positiven und negativen Aspekten der Berufstätigkeit, Problemen im Umgang und der Zusammenarbeit mit der Vollzugs-polizei und Änderungswünschen für die Wachpolizei.

Zweites Element war eine Item-batterie aus 19 Fragen, die neben

einer Erweiterung und Präzisierung der bereits erwähnten Berufsmotivation und Berufszufriedenheit auch politische Einschätzungen enthielt. Die generelle Zufriedenheit wurde mit einer gesonderten Skala erhoben, die im Gegensatz zu einer fünfstufigen Skalierung der Item-batterie auf einer neunstufigen Skalierung aufbaute. Den Abschluss des Fragebogens bildeten sozialstrukturelle Hintergrundvariable wie Alter, Bildungsabschluss, Familienstand, bisheriger Beruf und aktuelle Parteipräferenz.

Die schriftliche Befragung erfolgte jeweils unter Anwesenheit der beiden Forscher, wodurch die Motivation zur Beantwortung der Fragen erhöht und Nachfragen ermöglicht werden konnten. Positiver Nebeneffekt dieses persönlichen Kontaktes war die Möglichkeit für die Befragten, sich „vor Ort“ einen eigenen Eindruck über die organisatorische Anbindung und das aktuelle Betriebsklima der Wachpolizisten zu verschaffen. Zur weiteren Vertiefung der Eindrücke trugen auch im Anschluss stattfindende (spontane) Diskussionen bei, die nicht nur auf Inhalte des Fragebogens rekurrierten. Neben quantitativen Ergebnissen konnten somit auch qualitative Daten erhoben werden, die insbesondere Einschätzungen der verschiedenen Projektstandorte Frankfurt, Gießen und Kassel erleichterten.

Erklärungsmodell zur allgemeinen Berufszufriedenheit in der Wachpolizei?

Je positiver die „räumliche und sachliche Ausstattung“ und das „Betriebsklima“ bewertet werden, desto zufriedener sind Wachpolizisten mit ihrem Beruf, je mehr Routine im Beruf erlebt wird, desto schlechter wird die Berufszufriedenheit. Wenn gute Entwicklungsperspektiven für die eigene Person

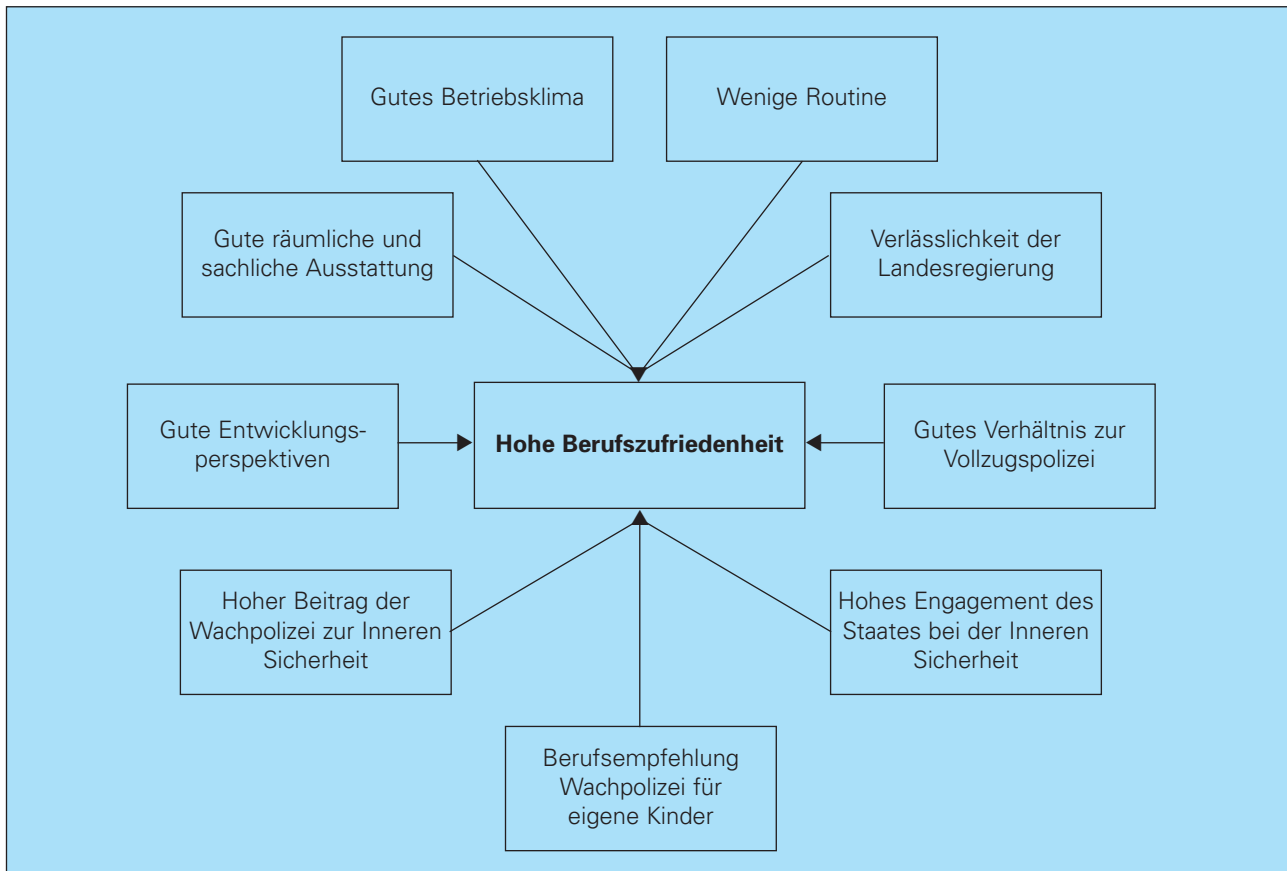
erkannt werden, wirkt sich auch dies positiv auf die Berufszufriedenheit aus. Sieht man diese nicht, ergibt sich ein negatives Gesamturteil.

Störungen im Verhältnis zur Vollzugs-polizei („glauben was besseres zu sein“) wirken sich negativ auf die Berufsmotivation aus, während der Glaube an Polizeigewerkschaften als Interessenvertreter auch für Wachpolizisten mit einer höheren Berufsmotivation korreliert, aber eine seltene Ausnahme darstellt.

Auch die Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns korreliert positiv mit einer Gesamtbewertung der Tätigkeit in der Wachpolizei. Wenn man davon überzeugt ist, dass die Wachpolizei die Innere Sicherheit in Hessen verbessert, bewertet man seine Tätigkeit in der Wachpolizei positiv, ist dies nicht der Fall, gibt es eine negative Gesamtbetrachtung. Denselben positiven Effekt auf die Gesamtbeurteilung der eigenen Tätigkeit haben ein als ausreichend erachtetes Engagement des Staates im Politikfeld innere Sicherheit und der Glaube an ein aufrichtiges Handeln der Landesregierung bei der Einführung der Wachpolizei.

Zusammenfassung?

- Die Berufszufriedenheit in der Hessischen Wachpolizei ist hoch, im Vergleich der beiden Befragungszeitpunkte 2001 und 2002 aber rückläufig.
- Frankfurter Wachpolizisten zeigen in beiden Jahren signifikant negativere Werte als Gießener und Kasseler Wachpolizisten. Erklärungen für diese Unterschiede dürften neben dem eingeschränkteren Tätigkeitsspektrum in Frankfurt die schlechtere räumliche Ausstattung und Führungsprobleme sein, die in der Aussage „Keiner ist zuständig für uns“ einer Frankfurter Wachpolizistin deutlich werden.



■ Die Berufszufriedenheit der Wachpolizisten wird entscheidend vom Aufgabenspektrum beeinflusst, wie das Beispiel Gießen deutlich macht. Die Einschränkung der von Wachpolizisten aus Gießen ausgeübten Tätigkeiten im Jahr 2002 kurz vor der zweiten Befragung, lässt deren im Jahre 2001 noch sehr positiven Werte deutlich sinken.

■ Das Verhältnis zwischen Wachpolizei und Vollzugspolizei wird aus Sicht der Wachpolizisten mit der Zeit besser. Informationsdefizite bei den Vollzugspolizisten nehmen ab und aufgrund direkter Kontakte wächst das Verständnis der Vollzugspolizisten für die Wachpolizei.

■ Der Wunsch von Wachpolizisten in der „richtigen“ Vollzugspolizei zu sein reflektiert deren fehlende Karriereperspektiven. Dieses Pro-

blem wird umso drängender je länger Wachpolizisten im Dienst sind.

■ Die Erfahrungen in Frankfurt, Gießen und Kassel verweisen auch auf die Gefahr einer Auseinanderentwicklung der Wachpolizei im Hinblick auf Tätigkeitsfelder und Kompetenzen. Es gäbe damit nicht die Hessische Wachpolizei, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Wachpolizeien. Da Kontakte zwischen Wachpolizisten bestehen, wächst die Unzufriedenheit in den Standorten mit relativ eingeschränkten Arbeitsfeldern.

Ausblick?

Für eine weitere Einschätzung der Wachpolizei als neuem Element hessischer Polizeipolitik erscheint es unabdingbar, auch nach dem vor-

zeitigen Ende des Modellversuchs Wachpolizei im Jahre 2002, diesen Teil der Hessischen Polizei in den nächsten Jahren kontinuierlich wissenschaftlich zu begleiten. Nur so können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und korrigiert werden.

Weitere Informationen?

Der Kurzbericht zum Forschungsprojekt kann unter hermann.gross@vfh-hessen.de bzw. peter.schmidt@hmdi.hessen.de angefordert werden.

HERMANN GROSS
FB Polizei, Frankfurt am Main

PETER SCHMIDT
Hessisches Ministerium des Innern und
für Sport – Landespolizeipräsident

Anzeige S. 14

Minister würdigt Masterabschluss

99 Master of Public Administration

Nachdem der neue gemeinsame Studiengang von Verwaltungsfachhochschule und Universität Kassel akkreditiert und die Prüfungsordnung genehmigt ist, wurden den ersten 99 Absolventinnen und Absolventen am 24. April 2003 in einer Feierstunde die Master-Urkunden überreicht werden. „Sie haben etwas Neues gewagt, auf das sie stolz sein können.“ lobte Innenminister Volker Bouffier die Master.

Die Absolventinnen und Absolventen sieht er als lebenden Ausdruck des erklärten Modernisierungswillens der Landesregierung. Auszüge aus seiner Festrede:

Im Begriff des öffentlichen Managements wird ein Paradigmenwechsel gebündelt

„Der öffentliche Sektor allgemein und die öffentliche Verwaltung speziell haben ein Steuerungsproblem, nicht nur ein Kosten- und Finanzierungsproblem. Öffentliche Verantwortung, Kostenbewusstsein und Demokratie gehören fundamental zum Öffentlichen Management und sind in Einklang zu bringen. (...) Wir sollten vom privaten Sektor lernen,

wir brauchen aber das Modell nicht 1:1 zu kopieren. So bestehen z. B. beim funktionellen Management, bei der Führung oder Kontrolle große Ähnlichkeiten. Bei der Umsetzung hingegen müssen wir die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung zugrunde legen. Dies gilt auch für das Personal. Tun wir das nicht, ist das Scheitern in der Praxis programmiert.“

Steuerung im öffentlichen Management

„Wir haben es in der öffentlichen Verwaltung nicht mit irgendeiner, sondern mit politischer Steuerung zu tun. Politisch bedeutet wesentlich: Es geht um differierende gesellschaftliche Interessen. Das ist auch der zentrale Unterschied zur primären Ausrichtung privater Unternehmen. Wenn wir also politische Steuerung einfordern, ist vor allem das Parlament als Steuerungsorgan gemeint. (...) Wenn das Öffentliche Management den Kerngedanken der Steuerung durch parlamentarische Organe ernst nimmt, dann bleibt noch viel zu tun. Politische Steuerung erfordert die

optimale Allokation öffentlicher Güter. Nur die Parlamente können ein Gleichgewicht zwischen Effizienz und Effektivität, zwischen Ökonomie und Politik herstellen. Das bedeutet in der Praxis auch, bestehende Interessenprioritäten zu thematisieren und zu verändern. Öffentliche Aufgaben müssen nicht öffentliche Aufgaben bleiben. Dies ist in der politischen Wirklichkeit schwierig anzuerkennen, vor allem wenn es um die eigenen Interessen geht. Es ist aber notwendig.“

Anspruch und Wirklichkeit der Verwaltungsmodernisierung einander annähern

„Sie haben auch mit ihren Master-Arbeiten dazu wichtige Beiträge geliefert. (...) Den wichtigsten Modernisierungsansatz sehe ich jedoch in den Absolventinnen und Absolventen des Studienganges selbst: Sie bilden sozusagen das Innovationspotenzial.“

Mit den neu gewonnenen Kompetenzen eine strategische Funktion wahrnehmen

„Die Innenminister der Länder haben mit ihrer Entscheidung, akkreditierte Master-Abschlüsse als Einstieg für den Höheren Dienst die Weichen gestellt. Sie wissen, dass auch diese Veränderung nur gegen den zähen Widerstand implementiert worden ist. (...) Verwaltungsmodernisierung braucht Zeit genauso wie wir Modernisierer brauchen.“

Redaktion SPECTRUM

Kooperation zwischen VFH und Universität Kassel im Master-Studiengang



Foto: HNA

von links nach rechts: Dr. Karl-Heinz Mintken (VFH), Prof. Dr. Postlep (Uni Kassel), Staatsminister Volker Bouffier, Prof. Dr. Jochen Reese (Uni Kassel)

„Szenen aus Lehre und Studium“

Fotowettbewerb des Fördervereins



1. Preis: Beate Klees „Praktische Verkehrslehre“

Szenen, die „echt“ sind, zum Lachen oder Nachdenken anregen oder typische Situationen bildhaft symbolisieren ...

So wurde der Fotowettbewerb in der letzten Ausgabe von SPECTRUM angekündigt. Die Gewinner wurden von der Jury – Vorstand des Fördervereins und Redaktion SPECTRUM – ermittelt:

- 1. Preis: Beate Klees „Praktische Verkehrslehre“ 100 €,
- 2. Preis: Holger Michel „Gruppenarbeit“ 50 €,
- 3. Preis: Peter Schmidt „Basiswissen“ 25 €.

Alle eingesandten Fotos gehen in den Foto-Bestand der Redaktion ein. Danke an alle, die uns Fotos zur Verfügung gestellt haben!

DIE REDAKTION



2. Preis: Holger Michel „Gruppenarbeit“



3. Preis: Peter Schmidt „Basiswissen“

Gemeinsam sind sie stark

Sport und Einsatztraining an der VFH

Nach dem Studium sollten Polizistinnen und Polizisten neben ihren umfangreichen rechts- und sozialwissenschaftlichen Fachkenntnissen auch bei der Bewältigung konfliktträchtiger Lagen aller Art stets einen klaren Kopf behalten und in angemessener Weise reagieren. Eine durchaus berechtigte Forderung des polizeilichen Einzeldienstes und somit auch der Anspruch, dem die Lehre gerecht werden sollte. Wenn erst mal die Realität mit all ihren positiven und negativen Facetten auf die Beamtinnen und Beamten zukommt, dann ist gerade für die weniger Routinierten der Stresslevel schnell auf sehr hohem Niveau.

Wer kurz vor der handgreiflichen Auseinandersetzung noch überlegen muss, welche Gesprächstaktik gerade jetzt wohl die Beste wäre oder wie der Griff noch mal ging, mit dem ein renitenter Zeitgenosse zur Ruhe gebracht werden kann, der wird es schwer haben.

Daher gilt es, auf allen möglichen Ebenen – von der Kommunikation über die Anwendung von körperlicher Gewalt bis zum Einsatz der Schusswaffe – eine Palette von Handlungsmustern im Petto zu haben, auf die man bei Bedarf zurückgreifen kann, ohne lange nachdenken zu müssen. Gleiches trifft für die rechtliche Beurteilung von Eingriffsmaßnahmen zu. Und das geht nur durch Training, Training, Training.

Verbesserung konditioneller und motorischer Fähigkeiten

Die Lehrbereiche Selbstverteidigung, praktische Eigensicherung und das dienstbezogene Schießtraining sind im polizeilichen Studiengang an der VFH seit jeher eng mit einander verknüpft. Das eine ist ohne das andere realitätsbezogen kaum trainierbar. Im täglichen Dienst sind die Übergänge meist fließend. Eine fundierte sportliche Ausbildung mit Schwerpunkt auf der Verbesserung konditioneller und motorischer Fähigkeiten bildet dabei die Grundlage, auf welcher das gesamte Training aufgebaut wird.

Neu: Einsatztraining als Studienfach

Mit der Umsetzung des Curriculums 2001 an der VFH wurde neben dem Studienfach Sport, welches bis auf das Schießen all diese Elemente beinhaltet, das Studienfach Einsatztraining eingeführt. War es bisher erforderlich, einzelne Themenschwerpunkte in gesonderten Seminaren „Einsatztaktik“ und „Verhaltenstraining“ mit noch relativ geringem Stundenansatz zu unterrichten, so stehen den Studierenden nun pro Semester durchgehend vom Grundstudium I bis zum Hauptstudium II für den Sport und das Einsatztraining je 40 Lehrereinheiten zur Verfügung.

Die sportliche Komponente des Studiums beinhaltet neben der Entwicklung und Förderung der für die Ausübung des

Polizeidienstes enorm wichtigen konditionellen Fähigkeiten (Kraft, Schnelligkeit, Ausdauer, Koordination und Flexibilität) das Rettungsschwimmen. Die Ablegung des Deutschen Sportabzeichens (DSA) und des Europäischen Polizeileistungsabzeichens (EPLA) sind ebenso Inhalt der Leistungsbewertung, wie die des Rettungsschwimmabzeichens nach den Richtlinien der DLRG.

Übungsleiterlizenz für den Breiten- und Freizeitsport

Zusätzlich wird den Studierenden im Hauptstudium die Möglichkeit gegeben, die Übungsleiterlizenz für den Breiten- und Freizeitsport zu erwerben. Diese Ausbildung wird von der VFH zusammen mit dem Landessportbund Hessen durchgeführt und erfolgt auf freiwilliger Basis. Ein Teil der erforderlichen Lehrveranstaltungsstunden sowie die abschließende Prüfung wird von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Freizeit geleistet. Den besonders engagierten Studierenden alles Nötige an die Hand zu geben, um auf ihren künftigen Dienststellen einen geregelten und methodisch didaktisch ansprechenden Dienstsport leiten zu können, ist das Ziel dieser von vielen genutzten Zusatzausbildung.

Durch die Abkopplung der Selbstverteidigung (Ju-Jutsu) und praktischen Eigensicherung vom Studienfach Sport stehen sowohl dem einen, als auch dem anderen Bereich mehr Möglichkeiten zur Verfügung, die Beamtinnen und Beamten auf ihre spätere Aufgabe im täglichen Dienst vorzubereiten. Dem Charakter des zumeist praktisch orientierten Polizeiberufs entsprechen die dadurch vermittelten und gewonnenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, wie in kaum einem anderen Beruf.

Der Aufbau des Studiums

Im Grundstudium werden zunächst die Basistechniken der Selbstverteidigung auf der Grundlage des Ju-Jutsu vermittelt. Aufgrund des sehr polizeibezogenen Ju-Jutsu-Prüfungsprogramms und der Anwendung der Techniken unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel stellt es eine ideale Form für die Ausbildung dar. Der Nachweis der Kenntnisse des 5. Kyu Ju-Jutsu

(Gelbgurt) sind Teil des hier geforderten Leistungsnachweises. Schwerpunktmäßig wird auch das rechtmäßige und taktisch geschickte Verhalten bei Personenüberprüfungen mit den hierbei gängigen Positionen bei der Kontrolle, Fesselung und Durchsuchung von Personen eingehend in theoretischer und praktischer Form erarbeitet. Dabei spielen psychologische Faktoren, wie der Umgang mit unkooperativen, aggressiven oder alkoholisierten Personen ebenso eine Rolle, wie die bewusste Verwendung der (Körper-) Sprache bei der Durchführung polizeilicher Maßnahmen.

Das Praktikum I, welches bei der Bereitschaftspolizei absolviert wird, setzt ebenfalls an dieser Stelle an, um den Studierenden bereits in den Grundlagen eine deutliche Handlungssicherheit bei der Bewältigung polizeilicher Standardsituationen zu geben. Im Praktikum II, der Arbeit im polizeilichen Einzeldienst, werden die ersten praktischen Erfahrungen gesammelt, die erlernten Handlungsmuster gefestigt und weiter ausgebaut. Eine enge Verzahnung der beiden praktischen mit den fachtheoretischen Semestern gewährleistet, dass in positiver wie auch negativer Hinsicht gemachte Erfahrungen zur Sicherung des Lernerfolgs herangezogen werden können.

Wurde im Grundstudium die Basis für die Bewältigung gefahrenbeladener polizeilicher Situationen gelegt, so gilt es im Hauptstudium, diese zu erweitern und die Handlungskompetenz sicher zu stellen. Die Lehrveranstaltungen im Studienfach Einsatztraining werden in Blockform als Halbtags- oder Ganztagsseminare angeboten. Im Idealfall beträgt die Gruppengröße etwa 12 Personen, was bei der Durchführung von Szenarien sowohl der Effektivität des Unterrichtes, als auch der Beachtung von Sicherheitsregeln dient.

Die hierbei vorgegebenen Übungslagen sind grundsätzlich auf eine Bewältigung im Streifenteam ausgerichtet. Als Täter fungieren nach Möglichkeit geschulte Einsatztrainer, um die Aktionen praxisnah zu gestalten und der Situation angemessene Reaktionen der eingesetzten Beamtinnen und Beamten zu provozieren. Um die Verletzungsgefahr für die Darsteller gering zu halten und trotzdem so nah wie nur möglich an der Praxis zu trainieren, werden für diese Übungen Vollkorperschutzrüstungen (RedMan) verwendet. Anhand von Videoaufnahmen werden die durch das Lehrteam, bestehend

aus eins bis zwei Einsatztrainern und einer Psychologin bzw. einem Psychologen, im Gespräch mit der Gruppe analysiert. Durch die relativ kleinen Gruppen kann ein hoher Durchlauf in den Übungen und damit auch ein spürbarer Lerneffekt beobachtet werden.

An allen vier Studienorten der VFH besteht mittlerweile – wenn auch noch zum Teil eingeschränkt – die Möglichkeit, das Einsatztraining in speziell dafür konzipierten und eingerichteten Trainingszentren durchzuführen. Hier können nahezu alle denkbaren polizeilichen Szenarien in einem realitätsnahen Umfeld gestaltet und organisiert werden, was die Motivation aller Beteiligten erheblich steigert und zu besseren Leistungen führt.

Die durch den Sportunterricht erworbenen konditionellen Fähigkeiten sollten im regelmäßigen Dienstsport erhalten oder sogar verbessert werden. Die erlernten Verhaltensweisen aus dem Einsatztraining sollen in der „Dezentralen Integrierten Fortbildung (DIF)“ weiter geübt und gefestigt werden, um im Ernstfall nicht nur allzeit bereit, sondern auch erfolgreich zu sein.

*BERND HILLEBRAND
FB Polizei, Wiesbaden*

Neu: Lernbüro in der Abteilung Frankfurt

Eine Projektgruppe hat 2003 in Frankfurt ein Lernbüro eingerichtet: Zwei komplett ausgestattete Arbeitsplätze mit Schreibtisch, PC, Drucker, Telefon, Regal usw. sowie eine Sitzzecke für Besucher stehen für Verhaltenstrainings zur Verfügung. Zur Ausstattung gehört ebenfalls verschiedenes Material für Visualisierungen. Im Rahmen der Ergänzungsprüfung „Ausbildung der Ausbilder“ wurde das Lernbüro bereits für Unterweisungsproben am Arbeitsplatz genutzt.

Das Projekt wurde durch den Förderverein der Verwaltungshochschule finanziell unterstützt. Der Projektbericht ist über die Abteilung Frankfurt erhältlich.

*DR. GABRIELE SCHAA
FB Verwaltung, Abteilung Frankfurt*



*Bei der
Einrichtung des
Lernbüros*

Anzeige S. 20

Von der Verhaltenskontrolle zur Reform der Studierendenvertretung

Zu Beginn des Sommersemesters 2003 bildete sich auf Anregung des Abteilungsleiters an der Abt. Wiesbaden des FB Polizei eine Gruppe von interessierten Studierenden, um einen Verhaltenskatalog für Studierende zu entwickeln. Nach Ansicht der Beteiligten gab es Verhaltensweisen unter den Studierenden, die nicht mehr zu tolerieren waren.

Eine AG der Studierenden

Die Arbeitsgruppe nannte sich zunächst „AG Sauber“, um sich später auf das unverfänglichere „AG Intern“ zu einigen. Zunächst wurde die Gruppe stark von älteren Aufstiegsbeamtinnen und -beamten geprägt, später fanden zunehmend auch jüngere Laufbahnbewerberinnen und -bewerber dazu.

Seit längerem schon beschwerten sich nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch Studierende selbst über bestimmte Formen des studentischen Sozialverhaltens. Dabei ging es um das Verhalten in den Unterkünften – den Umgang zwischen Frauen und Männern ebenso wie um Ordnung und Sauberkeit – und die Disziplin im Unterricht.

Probleme mit den Lehrkräften

Die Abteilungskonferenz der Lehrkräfte benannte die Kollegen Bartels und Brandt als ihre Vertreter für diese Gruppe.

Die nun folgende gemeinsame Arbeit verlief keineswegs reibungslos. Die Studierenden fühlten sich von den Lehrkräften nicht ernst genommen und blockiert, weil diese ihre Vorschläge nicht ohne weiteres akzeptierten und die Lehrkräfte unterstellten den Studierenden, sie wollten zurück zu einer reinen Disziplin- und Gehorsam-Polizei. Die Wogen der Erregung schlugen hoch (und schwemmten manche höfliche Zurückhaltung auch weg).

Aber schließlich gelang es beiden Seiten, sich zu akzeptieren, denn es gab durchaus einen gemeinsamen Nenner: Man war sich einig in der Analyse, dass sich Berufsanfängerinnen und -anfänger in ihrem ersten Semester an der VFH sehr allein gelassen fühlen, im unklaren über das Verhalten, das von ihnen erwartet wird, unsicher über das Berufsbild und die Personen, die als Vorbild dienen könnten. Ein Streitpunkt blieb bis heute die Frage der Uniform für die Studierenden. Die Lehrkräfte lehnten dies ebenso vehement ab, wie die Studierenden in der AG dies forderten.

Die SV kommt in den Blick

In außerordentlich schneller und effizienter Weise erarbeiteten die Studierenden neben einem allgemeinen Verhaltenskatalog eine neue Idee: Im Wintersemester 2003/04 wollte die AG eine eigene Begrüßungs- und Einführungsveranstaltung für die neuen Studierenden organisieren, um diesen bei der Orientierung im neuen Studium/Beruf zu helfen. Dabei kam der AG auch die personell sehr schwach organisierte Selbstverwaltung (SV) in den Blick. Sehr schnell wurde entschieden, sowohl die AG, als auch die geplante Einführungsveranstaltung zur Rekrutierung einer größeren Personalreserve für die SV zu nutzen.

Eine zweite Abteilungskonferenz

Beide Ideen, der Verhaltenskatalog und die Einführungsveranstaltung wurden von der AG noch im Wintersemester der Abteilungskonferenz vorgestellt, an der auch der Hausmeister der Polizeischule, die Ausbildungsleitung und die Sprecher der Studiengruppen teilnahmen. Insgesamt machten beide Vorschläge einen guten Eindruck.

Der Blick zurück und nach vorn

Inzwischen hat die Einführungs- und Begrüßungsveranstaltung der Studierenden für die Studienanfänger stattgefunden. Fast alle kamen. Dozenten fanden sich ebenso ein, wie der Hausmeister und die Ausbildungsleitung. In zwanglosem Rahmen wurden Fragen gestellt und beantwortet. Natürlich sind nicht alle Probleme beseitigt. Das Verhalten der Studierenden im Unterricht und den Unterkünften wird ebenso ein Thema bleiben, wie die konsequenten oder inkonsequenten Reaktionen der Lehrkräfte darauf. Aber deutlich ist auch geworden, wie viele engagierte Studierende sich für das Studium und ihre Interessen an der VFH einsetzen. Probleme wird es weiter geben – aber auch Lösungsansätze.

GEORG BRANDT
FB Polizei, Wiesbaden

Anzeige S. 22

Amok-Lage in Mühlheim!?

Am 20.05.03 kam es zu einer Bedrohungslage in der VFH in Mühlheim. Anlass dazu waren die Dreharbeiten der Studierenden Silke Gard und Michaela Bischoff, Studiengruppe 01/02 P-02 aus der VFH in Frankfurt am Main. Sie organisierten im Rahmen eines Leistungsnachweises im Fach Einsatzlehre die Erstellung eines Lehrvideos.

Motivation dazu war der Amoklauf eines 19-jährigen Schülers im Erfurter Gutenberg-Gymnasium, der während der Abiturprüfung mit einer Pump-Gun wild um sich schoss, mehrere Personen tötete und verletzte. In dem Gebäude befanden sich zur Zeit der Tat über 200 Schülerinnen und Schüler.

Der Amoklauf ist ein Sonderfall der Bedrohungslage im Sinne der PDV 100, Ziffer 4.11. Danach werden unter Amoktaten schwere Gewalttaten mit wahllosen Tötungsdelikten verstanden. In allen Fällen ist ein aggressives Verhalten des Täters festzustellen. Der Täter wird zumeist durch sich selbst oder Polizeikräfte getötet.

Eine solche Amoklage galt es für die beiden Studierenden unter Einsatz der entsprechenden Kräfte und des SEK in Szene zu setzen. Zunächst wurde zum Termin die VFH in Mühlheim geräumt. Nachdem der Kameramann, POK Helmut Semmet und die beiden Regisseurinnen bereit waren, hieß es „Amoklauf die Erste“: Der maskierte und bewaffnete Täter stürmt durch einen Flur der VFH, in der Hand eine Pistole und schießt um sich. Er verletzt Studierende, die in wilde Panik geraten. Er rennt in einen Klassenraum des G I, in dem sich die Studierenden in der Lehrveranstaltung PVR mit Frau Dr. Helm-Busch befinden. Schreiend erkundigt sich

der Täter nach einem bestimmten Dozenten. Die Studiengruppe hat sich verängstigt in eine Ecke zurückgezogen und sich unter Tische gekauert. Die Dozentin beantwortet die Fragen des Täters zaghaft. Er bedeutet ihr, sich auf den Stuhl zu setzen und drückt ihr eine Handgranate in die Hand. Er entfernt sich wieder. Einer der Studierenden ruft über Handy den Notruf an und erklärt überhastet die Situation. Sodann beginnt die „Maschinerie“ des polizeilichen Einsatzes vorbildhaft nach der PDV 100 zu laufen. Für die am Boden liegenden Studierenden sind dies Stunden der Angst.

„Amoklauf die Zweite“: Die Einsatzzentrale bestimmt den Einsatzleiter vor Ort, die Streifen treffen in



der VFH ein und finden im Flur zwei verletzte Studierende. Die Verletzungen wirken Dank der fachmännisch geschminkten Wunden täuschend echt. Die Streife benachrichtigt die Einsatzzentrale.

„Amoklauf die Dritte“: Die VFH wird abgesperrt, ein RTW, der durch



die Sanitäter der Bereitschaftspolizei organisiert ist, trifft ein, ebenso wie die Kräfte des Spezialeinsatzkommandos. Nach einer kurzen Lagebesprechung und Unterweisung der Kräfte, durchstreifen die SEK Beamten das Gebäude. Die Spannung wächst ins Unermessliche. Währenddessen werden Verletzte aus dem Flur geborgen und ärztlich versorgt.

„Amoklauf die Vierte“: Die SEK Beamten finden die Studiengruppe und ihre Dozentin, noch immer in erstarrten Positionen und befreien die Dozentin von der Handgranate. Verletzte befinden sich keine in der Studiengruppe. Die Studierenden sollen sich in der Lehrveranstaltungsraum verschanzen und dort verharren.

„Amoklauf die Fünfte“: Weitere Kräfte des SEK finden den Täter. Er liegt tot im Dozentenraum und hat sich dem ersten Anschein nach selbst in den Kopf geschossen. Tatort und Beweise werden gesichert. Endlich erfolgt auch die Befreiung der Studiengruppe und ihrer Dozentin.

Alles im Kasten?!

Die Regisseurinnen bedanken sich ganz besonders bei der Studiengruppe 1/03 P-03 der VFH in Mühlheim, bei Frau Dr. Helm-Busch und EPHK Hermann Friedrich, der den Täter gespielt hat und beratend zur Seite stand, bei Herrn Dr. Nöske und seinem Team vom ärztlichen Dienst der III. HBPA, bei der Einsatzzentrale des PP Frankfurt, bei K 51 des PP Frankfurt und bei Herrn POK Helmut Semmet.

Das Lehrvideo wird ab September 2003 über die Abteilungen der VFH erhältlich sein.

DR. MARTINA LIEBICH-FRELS
FB Polizei, Mühlheim

Anspruch und Realität

Dem Leitbild auf den Zahn geföhlt

Um was geht's?

Mit einer schriftlichen Befragung wagten sich im Wintersemester 2002/03 Nicole Bokeloh, Horst Feige, Ronny Güntel, Diana Knospe und Frank Tauterat (alle aus der Frankfurter Studiengruppe 1/01/P-03) an die Aufgabe, das Leitbild des FB Polizei auf den internen Prüfstand zu stellen.

Das Projekt, das sich auf einen „Prüfbericht“ aus Sicht der Studierenden konzentrierte, umfasste die Erstellung eines Fragebogens, die Befragung von 242 Studierenden der Abteilungen Frankfurt und Mühlheim, die Erfassung der Ergebnisse und deren Aufbereitung für eine Auswertung.

Unterstützt wurden die Projektteilnehmer dabei nicht nur vom Projektleiter Peter Schmidt, sondern auch durch Dozentinnen und Dozenten, die vor Ort die Verteilung der Fragebogen übernahmen und den Hintergrund der Befragung erläuterten.

Die Gruppe der Befragten umfasste alle Studienabschnitte und bildete bestmöglich die soziostrukturelle Zusammensetzung der Studierenden (Geschlecht, Aufstiegs- oder Laufbahnstudium und polizeiliche Vorverwendung) ab.

Was wurde gefragt?

Der Fragebogen gliederte sich in insgesamt sechs Teile. Im ersten Teil wurden Fragen zur Person sowie zum Studienabschnitt, Studienverlauf und Studienort gestellt. Der zweite Abschnitt erforschte in einer 24 Fragen umfassenden Item-batterie Bewertungen zur Verwaltung der Studienorte und zu organisatorischen Gegebenheiten, die auf einer fünfstufigen Skala abgegeben wurden. Im folgenden Teil wurden Einschätzungen zu Inhalten des Curriculums und zu den Studienfächern erfragt. In gleicher Weise widmeten sich anschließend Fragen

dem Studienklima. Konkrete Fragestellungen zum Leitbild des FB Polizei rundeten den Fragenkatalog ab, bevor abschließend in zwei „Statement-Foren“ in offener Form „Freude und Frust“ zum bisherigen Verlauf des Studiums zu Papier gebracht werden konnten.

Was wurde geantwortet?

Natürgemäß ist der an dieser Stelle zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichend, um alle Ergebnisse vorstellen zu können, geschweige denn, in eine umfassende Analyse der erhobenen Daten einzusteigen.

Einige Bereiche und ausgesuchte Ergebnisse der Befragung verdienen es aber – sei es wegen ihrer allgemeinen Bedeutung für alle Abteilungen der VFH oder aufgrund besonders auffälliger Eindrücke – hier etwas ausführlicher vorgestellt zu werden:

Verwaltung und Organisation werden in der Gesamtbetrachtung mit einem durchschnittlichen Urteil bewertet. Werden die Lehrräume sowie die vorhandene Schießausbildung und das Einsatztraining sehr positiv bewertet, schneiden die Sportstätten allgemein und insbesondere die Schwimmmöglichkeiten jedoch auffällig schlecht ab.

Das **Curriculum** findet sich in der Gesamtbewertung ebenfalls im Mittelbereich. Konkrete Aufschlüsse für dieses Ergebnis geben hier die detaillierteren Nachfragen zur tatsächlichen Vermittlung der **Inhalte** des Curriculums in den Lehrveranstaltungen und deren „Praxistauglichkeit“. Die gezielte Frage nach neuen oder zu verändernden **Studienfächern** bietet vor dem Hintergrund der Vorbereitung eines überarbeiteten Curriculums bis zum Jahr 2005 ebenfalls einige interessante Anregungen:

Zum einen werden beispielsweise die Intensivierung von Waffen-, Umwelt- oder Betäu-

bungsmittelrecht, mehr Sport sowie Schnellsprachkurse gefordert, zum anderen werden die Überfrachtung der Stundenpläne und die hohe Zahl von Leistungsnachweisen sowie die „Abwicklung“ der Lehrveranstaltungen durch Referate von Studierenden kritisiert. Nachgefragt wird der Wechsel vom hergebrachten Stundenplansystem, hin zu (auch interdisziplinären) Seminaren. Mangelnden Polizei- oder Praxisbezug beklagen zahlreiche Befragte in den sozialwissenschaftlichen Fächern.

Das **Studienklima** wird von den Studierenden beider Studienorte übereinstimmend als positiv empfunden. Dies umfasst sowohl das Studium insgesamt als auch Stimmung und Arbeitsklima in der eigenen Studiengruppe.

Ernüchternd waren in weiten Teilen die Antworten auf die konkreten Fragen zum Leitbild selbst. Einem Fünftel aller Befragten war das **Leitbild** nicht bekannt, was zum einen auf die mangelnde optische Präsenz des Leitbildes vor Ort zurückzuführen sein kann, zum anderen aber auch die mangelnde Befassung mit den Grundwerten der Studienkultur an der VFH in Lehr- oder besonderen Veranstaltungen verdeutlicht (dies sagen zumindest 54 % der Befragten; lediglich 36 % dagegen hätten gezielt zum Leitbild Informationen erhalten).

Nur 28 % der Befragten sagen aus, dass **Arbeitsauffassung und Arbeitsklima** den Vorgaben des Leitbildes gerecht werden. Da das Arbeitsklima aber überdurchschnittlich positiv bewertet wird, könnte die Triebfeder dieser Aussage möglicherweise im Bereich der Arbeitsauffassung zu suchen sein. Was genau hinter dieser Aussage steckt und ob damit die Studierenden lediglich ihr eigenes Verhalten reflektieren, mag an dieser Stelle

dahin gestellt bleiben, scheint jedoch für eine weitere Betrachtung durchaus reizvoll.

Die Möglichkeit in freitextlicher Form zu besonders **erfreulichen Erlebnissen** während des bisherigen Studiums, aber auch zu besonderen **Ärgernissen** Stellung zu nehmen, wurde intensiv genutzt.

Hier kann es zwar durchaus Ausdruck einer in der Polizei bisweilen festzustellenden „Jammerkultur“ oder auch einer psychologisch durchaus erklärbaren längeren „Halbwertzeit“ negativer Empfindungen sein, dass die Zahl der besonders ärgernden Dinge vier Mal (!) so hoch war, wie die Zahl der erfreulichen. Dieser Erklärungsansatz würde aber sicherlich nur wenige konstruktive Problemlösungsprozesse anschieben und wäre selbstredend alles andere als leitbildorientiert. Auch hier gilt es also etwas genauer hinzuschauen und das „Verlangen unmöglicher Dinge“ vom „Einfordern von Selbstverständlichkeiten“ zu trennen.

Schließlich bliebe wohl kein besonders gutes Gefühl, würde der positivste Wert der gesamten Befragung, den die Antwort auf die Frage **„Freuen Sie sich auf Ihr zukünftiges berufliches Wirken“** erreichte, nur dadurch möglich, dass man froh ist, endlich die VFH verlassen zu können. Mit dem Wissen, dass junge Menschen zu Beginn ihrer Polizeiaufbahn – aber auch erfahrene Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte – positiv auf Ablauf und Inhalte ihres Studiums zurückblicken, könnten alle Beteiligte ohne Zweifel sicher besser leben. Oder?

Wie geht's weiter?

Die vorliegenden Ergebnisse sollen im kommenden Semester in einer Fortsetzung des Projekts durch Studierende auf Ansätze für weitere Umsetzungsschritte untersucht werden.

Ziele sind beispielsweise konkrete Verbesserungsvorschläge an die Abteilungsleitung, die Initiierung themenzentrierter oder auch offener Workshops und Anregungen für Folgeprojekte.

Noch Fragen?

Weitere Informationen zu den konkreten (Teil-)Ergebnissen sowie zum Fortgang des Projekts können entweder telefonisch (0611-353 2431) oder per E-Mail im System POLAS oder unter peter.schmidt@hmdi.hessen.de erfragt werden.

Die umfassende Dokumentation zum bisherigen Projektstatus, der Fragebogen sowie alle Ergebnisse sind auch als Datei verfügbar und können bei Bedarf für andere Projekte zur Verfügung gestellt werden.

PETER SCHMIDT
Hessisches Ministerium des Innern und
für Sport – Landespolizeipräsidium

Beitrittserklärung

Ich werde Mitglied im Förderverein der VFH

Name

Anschrift

Telefon dienstlich

privat

Ich erkläre mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass der Verein von meinem Konto

Kontonummer

Bankleitzahl

bei der

den Jahresbeitrag in Höhe von (mind. 15,- €)

EURO

mit Einzugsbeleg abbuchen lassen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

- Ich bin
- Studierende/Studierender
 - Absolventin/Absolvent
 - Verwaltungsmitarbeiterin/-mitarbeiter
 - nebenberufliche Lehrkraft
 - Fachhochschullehrerin/-lehrer
 - _____

Bankverbindung

**Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Konto Nr. 133 072 934 BLZ 510 500 15**

Adresse:

Förderverein der VFH
Kurt-Schumacher-Ring 18
65197 Wiesbaden

Anzeige S. 26

Geprüfte Studenten?

Die meisten Studiengänge in Deutschland kennen keine Aufnahmeprüfung. Auch dem Studium am Fachbereich Polizei der VFH ist für Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger an sich keine Prüfung vorgeschaltet, mit welcher sie ihre allgemeine Studierfähigkeit nachweisen müssten. Dennoch gehen die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger am FB Polizei durch eine Prüfung: das Eignungsauswahlverfahren. Doch was sagt das über ihre Fähigkeit studieren zu können aus?

Der Traum von einer Aufnahmeprüfung?

Eine Prüfung vor Aufnahme des Studiums gehört für viele Fachhochschullehrkräfte zu ihren Wunschräumen. Was könnte da nicht alles von vornherein geprüft werden? Die Fähigkeit, sich sprachlich gewandt ausdrücken, eine Hausarbeit schreiben und ein Referat halten zu können, Kenntnisse im IT-Bereich oder juristisches, historisches, geographisches und politisches Allgemeinwissen. Je nach konkreter Tätigkeit der Lehrenden würden die Wünsche an eine Prüfung vor Beginn des Studiums jeweils anders ausfallen. Aber eines ist gewiss: für alle Lehrkräfte wäre es schön, wenn sie sich in der Lehre ausschließlich auf ihr Fachgebiet konzentrieren könnten, ohne noch einmal auf Grundwissen oder Allgemeinwissen eingehen zu müssen. Auch die Notwendigkeit, sich mit Methoden des Unterrichtens zu beschäftigen, entfielen dann.

Nun werden die Studierenden am FB Polizei vor Beginn des Studiums geprüft. Aber was bedeutet diese Prüfung für das Studium?

Das Eignungsauswahlverfahren

Bei dem Nachwuchs der Polizei ist das Land daran interessiert, nur die für den Polizeiberuf am besten geeigneten Bewerberinnen und Bewerber auszuwählen und für die

Ausbildung einzustellen. Bei diesem Verfahren handelt es sich also um eine Einstellungsprüfung für die Polizei. Und entsprechend wird das Verfahren von der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden durchgeführt.

Das Eignungsauswahlverfahren besteht aus drei Teilen. Die Berufsanfängerinnen und -anfänger werden einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, sie legen eine Sportprüfung ab und werden psychologisch untersucht. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer handelt es sich ohne Zweifel um eine anstrengende Angelegenheit, die sie körperlich und geistig fordert.

Die Bedeutung für das Studium

Die ärztliche Untersuchung spielt für das folgende Fachhochschulstudium wahrscheinlich die geringste Rolle, obwohl es für die Studierenden in Sport und dem Fach Einsatztraining gewiss nicht schaden kann, ein bestimmtes gesundheitliches Niveau zu halten. Für die Sportprüfung im Eignungsauswahlverfahren mag dasselbe gelten.

Die psychologische Untersuchung dagegen, die von der Polizeischule durchgeführt wird, enthält einige Teile, die eine Aussage über die Studierfähigkeit der Berufsanfängerinnen und -anfänger zuzulassen scheint. Im Verlauf der mehrteiligen psychologischen Untersuchung werden ein Intelligenz-Struktur-Test und ein Konzentrationstest durchgeführt. Beide Tests geben genauere Auskunft über die entsprechende Leistungsfähigkeit der späteren Studienanfängerinnen und -anfänger.

Für das Studium am Interessantesten an der psychologischen Untersuchung der Berufsanfänger/innen scheint allerdings ein mündlicher Teil zu sein, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Konfliktrollenspiel durchführen müssen. Hier geht darum, ein recht komplexes Szenario in vorgegebener

Zeit zu verstehen, die Probleme zu strukturieren und in einer Gruppendiskussion sich mit anderen auf ein schlüssiges Vorgehen zu einigen. Im Auswahlverfahren beurteilt eine Beobachterin oder ein Beobachter maximal zwei Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diesem Untersuchungsteil.

Dieser Teil des Verfahrens hat Bezug zum folgenden Studium. Die Fähigkeiten, die hier geprüft werden sind Fähigkeiten, welche die Studierenden im Studium benötigen und ausbauen sollen: Teamfähigkeit, soziale Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit sowie die Fähigkeit, mit komplexen Problemen umgehen zu können.

In diesem Sinne ist das Eignungsauswahlverfahren zumindest zum Teil eine Prüfung der Studierfähigkeit.

Folgen für das Studium

Die Studierenden haben eine Eignungsprüfung günstig abgeschlossen. Das Studium, in dem ihnen u. a. die beschriebenen Fähigkeiten noch vertieft beigebracht werden, liegt noch vor ihnen.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass in Zukunft die Studierenden tatsächlich eine geprüfte Fähigkeit in das Studium mitbringen, strukturierte Diskussionen in Gruppen zu führen und komplexe Sachverhalte verstehen und mit ihnen umgehen zu können. Manche Probleme in den Lehrveranstaltungen, die zwischen Lehrenden und Studierenden entstehen, können ihren Grund auch darin haben, dass die Studierenden sich evtl. von manchen Unterrichtsformen und -inhalten unterfordert und gelangweilt fühlen.

So entstünde durch immer besser ausgewählte Studierende eine permanente weitere Herausforderung für die VFH.

GEORG BRANDT
FB Polizei, Wiesbaden

Im Ruhestand

Dietrich Schoch



Nach über 45jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist Regierungsdirektor Dietrich Schoch mit Wirkung vom 01.05.2003 in den Ruhestand getreten.

Er war seit 1958 bei der Stadt Homberg am Niederrhein tätig, zuletzt als stellvertretender Leiter der Stadtkasse. Nach dem Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bochum/Duisburg von 1968 bis 1972 machte er den Abschluss zum Diplom-Kommunalbeamten. Seit 1973 war Herr Schoch beim Regierungspräsidium in Düsseldorf in der Kommunalaufsicht (Finanzprüfung) tätig.

Am 01.11.1981 wurde er Fachhochschullehrer an der VFH, Fachbereich Verwaltung, und lehrte schwerpunktmäßig in der Abteilung Frankfurt am Main das Fach Soziale Sicherung. Nebenamtlich lehrte er bereits seit 1970 am Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Duisburg, später an der Fachhochschule für Sozialwesen in Düsseldorf und seit 1983 an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen in Darmstadt. An der Einrichtung eines Aufbaustudienganges Sozialrecht an der Fachhochschule Frankfurt am Main hat er mitgewirkt. Am Aufbau des Landessozialamts Thüringen war er 1992 beteiligt. Er engagierte sich als Mitglied im

Personalrat, als Abteilungsleiter und als stellvertretender Vorsitzender eines Prüfungsausschusses. Seine Lehrveranstaltungen waren geprägt vom Praxisbezug und einer kritischen Auseinandersetzung mit Entwicklungen in Praxis und Gesetzgebung des Sozialhilferechts. Dabei floss auch die intensive ehrenamtliche Tätigkeit beim Deutschen Verein und in weiteren Verbänden in seine Lehrveranstaltungen ein. Sein besonderes Interesse galt dem gegenseitigen Abbau von Vorurteilen zwischen Sozialarbeitern und Verwaltungsmitarbeitern der Sozialverwaltung. In zahlreichen Kommentaren, Lehrbüchern und Aufsätzen hat er sich intensiv mit Fragen des Sozialrechts auseinandergesetzt.

und Peter Gola



Prof. Peter Gola ist nach mehr als 34jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst mit Wirkung vom 01.10.2003 in den Ruhestand getreten.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Bonn, Köln und Berlin und nach bestandenen Assessorexamen war er seit 1970 bei der Gesellschaft für Mathematik und Datenver-

arbeitung in Bonn im Personalwesen tätig und wirkte am Aufbau der Personalverwaltung mit. Er war damals schon Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Köln im Studienfach Arbeitsrecht. Seit 1980 war er Fachhochschullehrer an der VFH, Fachbereich Verwaltung, und lehrte in mehreren Abteilungen das Fach Dienstrecht, zeitweise auch das Fach Privatrecht. Er engagierte sich als Fachkoordinator für Dienstrecht, als Datenschutzbeauftragter der VFH sowie als Vorsitzender eines Prüfungsausschusses. Seine Lehrveranstaltungen waren geprägt vom Praxisbezug und einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Datenschutzes in der Bundesrepublik. Exkursionen mit den Studenten zur Erweiterung des Horizonts über den Lehrveranstaltungsalltag hinaus waren ihm ein besonderes Anliegen. Auch die reichhaltigen Erfahrungen aus seiner kommunalpolitischen Tätigkeit flossen in seine Lehrveranstaltungen ein. In zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich eingehend mit dem allgemeinen Dienstrecht und insbesondere dem Datenschutz auseinandergesetzt.

Wir danken beiden Kollegen für die langjährige Tätigkeit als Fachhochschullehrer und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft.

*DR. WOLFGANG HECKER
FB Verwaltung, Frankfurt am Main*



Verabschiedung Peter Gola am 29.09.2003

Rektor Udo Münch geht . . .

Eine für die Verwaltungsfachhochschule betrübliche Nachricht erteilte uns im Sommer: Udo Münch verlässt die Verwaltungsfachhochschule, er wird eine neue Aufgabe übernehmen. Ab 01.10.2003 wird er Leiter des Referats LPP 5 – Finanzen, Liegenschaften, Organisation – im Landespolizeipräsidium.

Eigentlich hatten wir mit einer weiteren Amtszeit von Udo Münch als Rektor gerechnet und diese – ich darf das im Namen der Kolleginnen und Kollegen beider Fachbereiche sagen – begrüßt. Jetzt müssen wir auf seine Aktivitäten an der VFH zurückblicken.

Udo Münch ist seit 1991 mit der VFH verbunden; zunächst als Lehrbeauftragter, 1994 dann als hauptamtlich Lehrender in Wiesbaden. Er vertritt die Fächer Verkehrslehre, Einsatzlehre und Führungslehre. Nach nur 5 Monaten Zugehörigkeit zur VFH übernimmt Udo Münch bereits eine Leitungsfunktion; er wird Abteilungsleiter der mit Abstand größten Abteilung Wiesbaden im Fachbereich Polizei. Seine vielfältigen Kontakte zur Praxis nutzt er für die Lehre und für die curriculare Weiterentwicklung des Fachbereichs Polizei.

1997 wird er zum Fachbereichsleiter vom Fachbereichsrat gewählt, 2000 zum zweiten Mal und Ende des Jahres 2000 zum Rektor durch den Senat gewählt. Im April 2003 stellt sich Udo Münch auch für eine dritte Amtsperiode zur Verfügung und wird vom Fachbereichsrat Polizei wieder gewählt.

Als Fachbereichsleiter hat er zwei Studienreformen (1998 und 2001) zum Erfolg geführt – Insider wissen, welche Mühen und Anstrengungen nicht nur inhaltlicher Art damit verbunden sind. Er ist treibende Kraft im Zusammenhang mit der Einrichtung des „ersten Studienjahrs“ im Rahmen der Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst, das seit 01.10.2002 an der Verwaltungsfachhochschule durchgeführt wird. Er hat die Diskussion zur Einführung der Diplomarbeit auch im Fachbereich Polizei angestoßen.

Udo Münch war in allen Gremien, Ausschüssen und Arbeitsgruppen der Verwaltungsfachhochschule aktiv und in außergewöhnlich hohem Maße initiativ und innovativ. Als Rektor war ihm die gemeinsame Entwicklung beider Fachbereiche



Udo Münch

besonders wichtig. Die Vielzahl fachbereichsübergreifender Projekte während seiner Amtszeit, mit in der Hochschulöffentlichkeit beachteten Ergebnissen, haben deutlich zur Weiterentwicklung der Verwaltungsfachhochschule beigetragen.

Lieber Udo, du wirst uns an der VFH fehlen, als Mensch, als Kollege, als Rektor. Danke für dein Engagement, für die Jahre der guten Zusammenarbeit. Wir hoffen, dass wir auch weiterhin – egal welche Aufgabe du übernehmen wirst – mit dir zu tun haben.

*DR. GABRIELE SCHAA
Verwaltungsfachhochschule*

SPECTRUM im Internet

Bei Redaktionsschluss liegen uns Beiträge vor, die wir aus Platzgründen nicht in dieser Ausgabe von SPECTRUM veröffentlichen können.

Diese Artikel finden Sie unter:

www.vfh-hessen.de/spectrum

SPECTRUM Ausgabe 2/03

LORENZ KRAUSS

Gemeinsam beim J. P. Morgan-Lauf in Frankfurt

GEORG BRANDT

Exkursion von zwei Welten

BURGHARD KOCH

Tagung Netzwerk Einsatzlehre

HANS DIEDERICHS

Gedenkstätte Buchenwald

Personal ... Veränderungen

Neue Kollegin in der Verwaltung in Kassel



Vanessa **Kanstein** ist seit dem 15.08.2003 neben Martina Schaumburg im Sekretariat der Abteilung Kassel des Fachbereichs Verwaltung tätig.

Neue Fachhochschullehrkräfte

Fachbereich Polizei

- Hans **Morrall-Schimo** – Frankfurt – Einsatzlehre, Führungslehre und Kriminalistik
- Achim **Kaiser** – Kassel – Kriminalistik und Kriminologie

Fachbereich Verwaltung

- Jens **Löcher** – Frankfurt – Soziale Sicherung

Nachruf

Im Juli 2003 verstarb Kurt F. **Scherf**. Herr Scherf war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 01.08.1985 bei der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden als Fachhochschullehrer für das Studienfach Öffentliche Finanzen und danach noch viele Jahre als Lehrbeauftragter tätig.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen alles Gute und viel Erfolg bei Ihren neuen Aufgaben!

- Eberhard **Bode** wurde zum Polizeipräsidium Osthessen versetzt. Er nimmt dort die Funktion des Leiters des Abteilungsstabes war.
- Roland **Brendel** hat beim Polizeipräsidium Offenbach die Aufgaben des Leiters der Polizeidirektion Offenbach am Main übernommen
- Heike **Thiel** wurde zum Amt für Lehrerausbildung – Studienseminar für berufliche Schulen in Kassel versetzt.

Neue Abteilungsleitungen

Fachbereich Polizei

- Dr. Michael **Bäuerle** hat nach Dr. Hans Schneider die Abteilungsleitung in Gießen übernommen
- Heinz-Jürgen **Thiele** löst Gerhard Bohnes in Kassel ab.
- Gerhard **Schmelz** wurde für weitere 2 Jahre zum Abteilungsleiter in Wiesbaden bestellt.

Fachbereich Verwaltung

- Frank **Gloystein** übernimmt für ein weiteres Jahr die Abteilungsleitung in Wiesbaden

Qualitätsbeauftragte

Dr. Gabriele Schaa wurde vom Senat für die Dauer von drei Jahren zur Qualitätsbeauftragten der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden bestellt.

Impressum Ausgabe 2/03

SPECTRUM

Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

Herausgeber

Der Rektor in Verbindung mit dem „Förderverein der VFH e.V.“

Redaktionsleitung

Günther Scheffer

Text- und Bildredaktion

Thomas Börner, Georg Brandt, Karin Christ, Michael Liesch, Martina Mager-Weber, Udo Münch, Dr. Gabriele Schaa, Günther Scheffer

Redaktionsanschrift

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden

Herstellung, Layout, Satz

Studio Oberländer, Auflage 2000

Druck

REHA-Druck Wiesbaden

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos, Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten. Abdruck, auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion (Copyright). Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen (Haftungsausschluss). Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen in Verantwortung des Autors. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen.

ISSN

1432-8518

Redaktionsschluss

Der nächsten Ausgabe 1/2004: 01. Februar 2004

Anzeige S. 31

Anzeige S. 32